

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 16

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

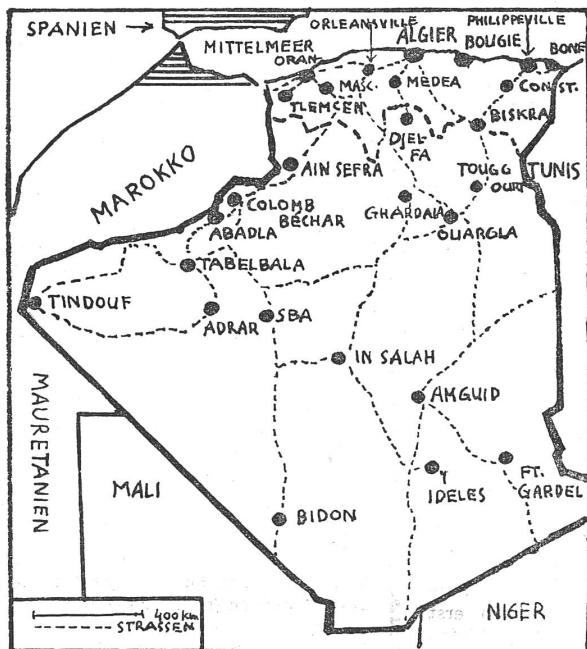
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wilder Staatsstreich der Ultras in Algerien bedroht Frankreich

Von vier pensionierten Generälen geleitet, ergriff übers Wochenende rechtsextremes Militär die Macht in Algerien. Der anscheinend geplante Versuch, die Rebellen durch eine eigentliche Invasion per Flugzeug in das Mutterland zu tragen, um de Gaulle zu stürzen, unterblieb am Sonntagabend, nachdem der französische Staatschef sofort den Notstand proklamiert und jene, in Artikel 16 der Verfassung vorgesehenen Sondervollmachten ergriffen hatte, die ihm bei einer schweren Bedrohung der Republik zustehen.



Die Insubordination «im Geiste des 13. Mai» (1958) war in der Nacht zum Samstag von den Generälen Challe, Salan, Jouhaux und Zeller mit Hilfe eines Regiments der «Parachutistes» begonnen worden und gewann rasch an Boden, wenn auch bis zum Sonntagabend wenigstens eine Panzerdivision der rechtmässigen Regierung die Treue hielt. Auch Teile des Departementes Constantine hielten de Gaulle die Treue.

De Gaulle blieb fest

Der Präsident der Republik erklärte sofort die aufständischen Militärs für eidbrüchige Rebellen, ernannte als Nachfolger des von den Insurgenten verhafteten algerischen Oberkommandierenden Gambiez den General Olié und proklamierte am Samstagabend den Ausnahmezustand.

Während über Sonntag die Ultras neue Erfolgsmeldungen über ihre Sender verbreiteten, wuchs in Frankreich die Gefahr des Bürgerkrieges. Wie die Regierung erfahren konnte, war auf den Abend die Invasion Frankreichs geplant, weswegen auf dem ganzen Mutterland jeglicher Flugzeugverkehr verboten wurde, eine Verfügung, die am Montag vorläufig wieder aufgehoben werden konnte, nachdem die Rebellen ihren

Angriff abgeblasen hatten. Am Abend wandte sich de Gaulle in einem eindrücklichen Aufruf an das Volk, übernahm die ihm zustehenden Sonderbefugnisse und gab den klaren Befehl, dem Angriff der Rebellen, die mit der ganzen Härte des Gesetzes zu rechnen hätten, auf jede Art Widerstand zu leisten. «Français, Français, aidez-moi!»

Freiwilligenmiliz

In Paris werden Freiwillige rekrutiert, die sich den Ordnungskräften zur Verfügung stellen und bewaffnet werden.

Portugal mobilisiert

seine Truppen für die Unterdrückung des Aufstandes in Angola und will diese Woche seine Heeresbestände im Territorium von 7000 auf 25 000 Mann erhöhen.

Eine Angola-Resolution, welche eine Uno-Untersuchungskommission in der portugiesischen Kolonie forderte, wurde von der Generalversammlung mit 73:2 Stimmen (Spanien und Südafrika) bei 9 Enthaltungen (u. a. Frankreich, Belgien, Grossbritannien und Holland) angenommen. Die portugiesische Delegation nahm an der Debatte nicht teil und bezeichnete sie als illegal.

Die Gewerkschaften, von den kommunistischen bis zu den christlich-sozialen, erklärten sich am Montag mit der Regierung in ihrem Kampf gegen die Meuterer solidarisch und verlangten Waffen, womit die Ultras der KP gestatten, sich als Retter des Vaterlandes aufzuspielen.

(Noch paradoxer wird die Lage in Bezug auf den FLN, der ebenfalls als Gegner der Putschisten in eine verbündetenähnliche Stellung zu den legalen Kräften zu geraten scheint und umgekehrt.)

Lagailarde,

der im Barrikadenprozess in contumaciam verurteilte Spiritus-Rektor des Militärputsches vom Januar 1960, traf am Montag in Algerien ein. In Frankreich schien unterdessen der kritischste Gefahrenpunkt für einen allgemeinen Bürgerkrieg überwunden zu sein. Das Parlament wurde auf Dienstagmittag einberufen.

Gescheitert

ist die Invasion der exilierten Kubaner auf die von Castro mit sowjetischen Waffen verteidigte Insel, wo nun eine Hinrichtung und Terrorwelle eingesetzt hat.

Das missglückte Unternehmen hat zweifellos Castros Position bedeutend gestärkt. Vor allem in Lateinamerika, wo schon während der Invasion antiameikanische Kundgebungen stattgefunden hatten, nahm die «fidelistische» Bewegung mächtigen Aufschwung. Die kubanischen «Konterrevolutionäre», die das Unterfangen ohne genügende Vorbereitung und Koordination unternommen hatten, und sich überdies in der Frage eines allgemeinen Aufstandes verrechneten, haben gleichzeitig die Position des Westens geschwächt. Denn sehr geschickt verstand es der Kommunismus, den — militärisch betrachtet — «Zwischenfall» zu einer entscheidenden Prestigefrage für die USA auszuschlachten.

Kennedy hat in seiner Rede vor einer Presseversammlung deutlich erkennen lassen, dass er auch die mittelbaren, komplexen Auswirkungen des Falles in ihrer Tragweite erkennt. «Wir haben unsere Aufgabe zu lange auf traditionelle militärische Erfolge geheftet», erklärte er. «Jetzt sollte es klar sein, dass dies nicht genügt, dass unsere Sicherheit verloren gehen kann, ohne dass eine einzige Rakete abgeschossen wird. Wir beabsichtigen, unsere Kräfte, unsere Taktik, unsere Institutionen einer Überprüfung zu unterziehen. Wir beabsichtigen, unsere

Anstrengungen für einen Kampf zu intensivieren, der in vieler Hinsicht schwieriger ist als der Krieg.»

In seinem Telegrammwechsel mit Chruschtschew führte der amerikanische Präsident aus: «Was Ihre Regierung glaubt, ist ihre eigene Sache, was sie in der Welt unternimmt, ist Sache der Welt.»

Die Nachwirkungen sind noch nicht vorüber, wenn auch der europäische Schauplatz dank des rücksichtslosen Staatsstreiches der französischen Ultras Genräle zu einer noch grösseren Sorge für den Westen geworden ist. «Coups de tête» und «Coups d'Etat» sind gleicherweise ungeeignet, eine ernste Situation wieder einzurichten. Dem Kommunismus, der auf der ganzen Front seine subversive Tätigkeit entfaltet, muss ebenfalls auf der ganzen Front koordiniert begegnet werden. Dilettantismus ist tödlich.

Die 15. Session

der Uno-Generalversammlung ging am Samstag zu Ende. Als letzte Traktanden standen die Finanzierung der Kongo-Aktion und die Lage auf Kuba zur Diskussion, wo «friedliche Massnahmen» zur Beseitigung der Spannungen gefordert wurden.

Am Rande ...

In New Delhi verlautete, Grossbritannien und die Sowjetunion hätten sich bei ihren Besprechungen darauf geeinigt, die 14-Länder-Konferenz über Laos in Genf abzuhalten.

Der in der Sowjetunion weilende ehemalige «neutralistische» laotische Regierungschef Souvanna Phouma sagte seine geplante Amerikareise ab.

Im Kongo haben sich — allerdings nach Angaben Mobutus — Offiziere der Ostprovinz entgegen den Anordnungen Gizenegas zu einem Uebereinkommen mit der Regierung in Léopoldville über die Einstellungen der Feindseligkeiten geeinigt. Die beiden Armeen würden bis zu Verhandlungen zwischen den verschiedenen kongolesischen Regierungschefs (Kasavubu in Léopoldville, Gizenga in Stanleyville, Tschombé in Katanga und Kalondij in Südkassai) sich von der Politik fernhalten.

In Belgien einigten sich vorherige christlichsoziale Regierungspartei und Sozialdemokraten auf die Bildung einer Koalitionsregierung, was dem geänderten Kräfteverhältnis entspricht.

Redaktionsschluss: 24. April.